Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

Es informiert Sie	Felix Pestke
Anschrift	Rathaus Barmen 42275 Wuppertal
Telefon (0202)	
E-Mail	

Frau Susanne Giskes, Vorsitzende im Ausschuss für Schule und Bildung

Große Anfrage

Datum	02.12.2025
Drucks. Nr.	**VO/1124/25** öffentlich

Zur Sitzung am	Gremium
11.02.2026	**Ausschuss für Schule und Bildung**

Folgen der landesseitigen Nicht-Erhöhung der Mittel für schulische Inklusion für Schulen in Wuppertal
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 26.11.2025

Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung zum Haushaltsbegleitgesetz 2026 (Drucksache 18/15001) ist vorgesehen, die bisherigen Mittel für die schulische Inklusion (Inklusionspauschale und Belastungsausgleich) im Wesentlichen auf dem bisherigen Niveau ohne weitere Dynamisierung einzufrieren. In Wuppertal bestehen derweil bereits heute gravierende strukturelle Defizite in den Bereichen sonderpädagogisches Personal, Schulbegleitungen, Schulraum und Diagnostikverfahren, wie der Offene Brief der GEW Wuppertal vom 8. Oktober 2025 eindrücklich schildert.

Wuppertal befindet sich damit in einer Lage, in der strukturelle Unterfinanzierung des Landes und erhebliche kommunale Ressourcenengpässe aufeinandertreffen. Die angekündigte Nicht-Erhöhung der Mittel durch das Land verschärft diese Lage weiter und birgt erhebliche Risiken für Schulen, Kinder und Personal. Vor diesem Hintergrund bittet die Fraktion Die Linke im Schulausschuss um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Auswirkungen erwartet die Verwaltung durch das Einfrieren der Landesmittel auf die Versorgung der Wuppertaler Schulen mit sonderpädagogischen Fachkräften?

2. Wie bewertet die Verwaltung die im GEW-Schreiben beschriebene Situation, dass einzelne Sonderpädagog:innen Dutzende Kinder an mehreren Standorten betreuen

müssen?

3. Wie stellt die Verwaltung sicher, dass trotz stagnierender Landesmittel zukünftig ausreichend und qualifizierte Schulbegleitungen bereitgestellt werden können, insbesondere angesichts der im GEW-Brief beschriebenen großen Lücken zwischen genehmigten und tatsächlich besetzten Stunden?

4. Welche Auswirkungen erwartet die Verwaltung auf die Einführung des Gemeinsamen Lernens an allen Grundschulen, wenn weder zusätzliche Räume noch zusätzliche Ressourcen bereitgestellt werden?

5. Wie will die Verwaltung die im GEW-Brief beschriebenen langen Bearbeitungszeiten (teilweise bis zu 1,5 Jahren) bei AO-SF-Verfahren und Diagnostik verkürzen, wenn keine zusätzlichen Landesmittel für unterstützende Strukturen zur Verfügung stehen?

Vielen Dank im Voraus für Ihre Bemühungen und die schnelle Bearbeitung dieser Anfrage.

Mit freundlichen Grüßen,

Für die Fraktion DIE LINKE
Niklas Schönfeld, Till Sörensen-Siebel